

Redebeitrag Lena Allenspach, 1. Mai 2025 in Unterseen bei Interlaken, 1. Mai-Feier Berner Oberland, aus dem Berndeutschen ins Hochdeutsche übersetzt.

*Es gilt das gesprochene Wort.*

---

Liebe Kolleg:innen,

Geschätzte Anwesende

Ich freue mich sehr, heute am 1. Mai hier zu euch sprechen zu dürfen. In Unterseen, wo ich vor über 30 Jahren geboren wurde, auf dem Bödeli, wo ich im Fussballverein war und einen Teil meiner Schulzeit verbracht habe – in meiner Heimatregion, in der ich aufgewachsen und politisiert worden bin.

Ihr kennt es alle bestens: den sogenannten Stadt-Land-Graben. Gerade rechte Parteien versuchen uns immer wieder weiszumachen, dass zwischen Stadt und Land ein beinahe unüberwindbarer Graben besteht. Natürlich gibt es unterschiedliche Bedürfnisse, das will ich gar nicht abstreiten. Aber die grossen politischen Fragen und Herausforderungen hören eben nicht an den Gemeindegrenzen auf. Wir erleben im Moment eine massive Umverteilung von unten nach oben. Während der Mittelstand zunehmend geschröpft wird und die Zahl der Armutsbetroffenen wächst, nehmen die Vermögen der sehr Reichen immer weiter zu.

Doch was bedeutet das für unseren Alltag – für unser tägliches Leben? Sprechen wir über das Thema Wohnen. Meine Heimatgemeinde Lauterbrunnen hat den höchsten Airbnb-Anteil der ganzen Schweiz. Bezahlbarer Wohnraum wird dort zu einem knappen Gut, er verschwindet immer mehr. Auch hier auf dem Bödeli und anderen Teilen des Berner Oberlands ist Airbnb längst zum Problem geworden. Und natürlich sind die gewerblichen Kurzzeitvermietungen über diese Plattformen nur ein Teil dessen, was auf dem Wohnungsmarkt schief läuft. Aber grundsätzlich gilt: Wohnraum wird immer teurer. Und das liegt vor allem daran, dass Immobilien ein riesiges Business sind. Genau das ist auch in der Stadt Bern der Fall. Doch anstatt das Problem mit Regulierungen und mehr gemeinnützigem Wohnraum zu lösen, werden die steigenden Mieten von rechts als reines Zuwanderungsproblem dargestellt. Dabei ist das Problem nicht, dass wir generell zu wenig Platz haben, sondern dass Wohnraum zweckentfremdet, verkauft oder gerade auch nach Sanierungen zu horrenden Preisen weitervermietet wird.

Liebe Kolleg:innen, Wohnen ist ein Grundrecht. Die Miete ist für die meisten der grössten Ausgabeposten im Haushaltsbudget. Und Wohnen ist gerade auch deshalb das grösste Armutsrisiko, das wir haben. Wir dürfen nicht zulassen, dass gewisse Quartiere oder Orte unbezahlbar werden – nur aufgrund der Profitmaximierung einiger weniger. Wir dürfen dem Ausverkauf von Dörfern und ganzen Stadtteilen nicht einfach zusehen. Damit Mieten bezahlbar bleiben, müssen wir investieren: in bezahlbaren, gemeinnützigen Wohnraum – und gleichzeitig auch den bestehenden Wohnraum schützen. Und ihr macht das genau richtig hier im Berner Oberland, mit den Initiativen, die ihr bereits eingereicht habt.

Oder denken wir an die Krankenkassenprämien. Wir alle wissen aus eigener Erfahrung: Sie kennen nur eine Richtung – steil nach oben. Viele Familien – ich bekomme auch immer wieder Zuschriften hier vom Bödeli – wissen nicht mehr, wie sie die Rechnungen am Monatsende noch bezahlen sollen. Denn während das Leben immer teurer wird, steigen die Löhne nicht im gleichen Mass. Doch anstatt die Bevölkerung endlich zu entlasten – etwa indem man die Prämien deckelt, mehr Prämienverbilligungen zahlt oder sich endlich von diesem ruinösen Wettbewerb zwischen den

Kassen verabschiedet und sich für eine öffentliche Krankenkasse ausspricht – wollen SVP, FDP und Mitte jetzt sogar die Mindestfranchise erhöhen. Gleichzeitig wird im Gesundheitswesen gespart, privatisiert und auf Profit getrimmt. Das spüren gerade die Täler in diesem Kanton ganz besonders. Denken wir nur an die Geburtsstation in Frutigen.

Neben dem Druck auf die arbeitende Bevölkerung steigt auch der Druck auf die Frauen stark an. Der aktuelle weltweite Rechtsrutsch ist nicht nur eine Gefahr für unsere Demokratie und grundlegenden Rechte, sondern auch ein gezielter Angriff auf die Rechte von Frauen und queeren Menschen. Auch hier versucht die rechte Mehrheit, so zu tun, als ginge es nur darum, ob wir geschlechtergerecht sprechen oder nicht. Dabei geht es um viel mehr: Man stellt offen das Recht auf Abtreibung infrage, man ist nicht bereit, die Altersarmut – die vor allem Frauen betrifft – anzuerkennen oder Massnahmen zu ergreifen, damit die Schweiz endlich nicht mehr zu den europäischen Schlusslichtern gehört, wenn es um Lohnungleichheit geht. Doch es geht nicht nur um Verteilung: Man will schlicht auch kein Geld sprechen, um Frauen besser vor geschlechtsspezifischer Gewalt und schlussendlich vor dem Tod zu schützen – obwohl in der Schweiz dieses Jahr bereits jede Woche eine Frau von einem Mann getötet worden ist. Das darf so nicht weitergehen.

Liebe Kolleg:innen, das Vorgehen der rechten Mehrheit in diesem Land ist nicht neu, aber es spitzt sich mit der aktuellen internationalen Lage zu – und vieles, was bis vor Kurzem undenkbar war, wird zur neuen Normalität. Schauen wir über die Grenzen hinaus, gewinnen rechtsextreme Kräfte immer mehr Boden. Rassistische, frauen- und queerfeindliche Politik wird zunehmend salonfähig. Wir müssen uns bewusst sein, dass sich auch viele in der Schweiz die Politik von Donald Trump in den USA zum Vorbild nehmen – und das auch offen sagen. Milliardäre und Vermögende gehen vielerorts Hand in Hand mit diesen Kräften, sie hetzen gezielt gegen Minderheiten und stellen sich gegen hart erkämpfte soziale Fortschritte. Das ist ein gezielter Angriff des Kapitals auf die arbeitende Bevölkerung. Diese Kräfte setzen auf Spaltung und auf Privilegien für reiche, weisse Eliten. Stück für Stück, Entscheidung für Entscheidung. Und was macht die rechte Mehrheit in der Schweiz: Sie baut auch hier weiter auf Kosten der Bevölkerung, der Frauen und jener, die sowieso schon wenig oder nichts haben ab – und Versenkt stattdessen Milliarden bei einer Armee, die nicht mal weiss, was sie mit dem Geld überhaupt anfangen soll.

Ja, die aktuelle politische Entwicklung macht nicht nur Sorgen, sie macht Angst – und was hier geschieht, ist alles andere als das, was ich unter „schweizerisch“ verstehe. Diese Entwicklungen setzen unsere Demokratie, die Menschenrechte und hart erkämpfte Fortschritte aufs Spiel und stellen uns vor grosse Herausforderungen. Und auch wenn es der Bundesrat im Moment anscheinend nicht schafft: In solchen Zeiten gilt es, dagegenuhalten, Haltung zu zeigen – und zwar gemeinsam.

Dagegenuhalten heisst, dass wir uns im Alltag gegen Diskriminierung, Rassismus und Antisemitismus einsetzen. Dass wir uns engagieren – in Gewerkschaften, Parteien und Verbänden. Dass wir unsere Institutionen schützen und uns konsequent für eine sozialere Schweiz einsetzen. Dass wir in den Gemeinden, im Kanton und national weiterhin für die breite Bevölkerung Partei ergreifen. Sei es beim Wohnen, beim Klimaschutz oder bei der Gleichstellung. Dass wir uns nicht spalten lassen, dass wir uns für mehr Zusammenhalt und Solidarität einsetzen und den Abschottungstendenzen, gerade auch in Europa, aktiv entgegenzutreten. Gemeinsam können wir etwas verändern. Gemeinsam können wir Hoffnung entfachen.

Und an diese Hoffnung möchte ich mit meinem Schlussappell anknüpfen: In weniger als einem Jahr wählen wir in diesem Kanton ein neues Parlament und eine neue Regierung. Und wir wissen es alle: Die aktuelle politische Mehrheit in diesem Kanton wird sich nie für mehr Gleichstellung, bessere

Löhne oder für einen starken Service public einsetzen. Und gerade der Service public, die öffentliche Grundversorgung, ist so zentral in diesem Kanton.

Lasst uns im März den Kanton Bern ein Stück sozialer machen – und damit einen ersten wichtigen Meilenstein in Richtung Hoffnung legen. Oder um es mit den Worten von Christiane Brunner zu sagen: *Wenn wir aufhören, diesen Kampf zu führen, haben wir verloren.*  
Es lebe der 1. Mai!